

17. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 13. Februar 1952

397/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. S t ü b e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
Betreffend die Verpachtung der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Firma
"Ankinder" Ges.m.b.H. in Wien I an die "Internationale Werbegesellschaft m.
b.H." (IWG) in Wien.

---.---.---

Mit 1. Jänner 1948 wurde die Firma "Ankinder" Ges.m.b.H. in Wien, das grösste Plakatierungs- und Werbeunternehmen Österreichs, an die Firma "Internationale Werbegesellschaft" (IWG) um einen monatlichen Pachtschilling von 1.500 S verpachtet. Das Unternehmen, das in fast allen Landeshauptstädten Österreichs Filialen besitzt, hat hunderte Angestellte und einen Jahresumsatz von mindestens 5 Millionen Schilling. Es scheint daher keinem Zweifel zu unterliegen, dass diese unter der Ägide des ehemaligen Ministers für Vermögenssicherung Dr. Peter Krauland zustandgekommene Verpachtung eine Verschleuderung darstellt.

Der frühere Bundesminister für Finanzen Dr. Margarétha wurde im Juni 1951 von einigen Abgeordneten befragt, wieso eine derartige Verschleuderung möglich war, ob ihm bekannt sei, dass die "IWG" zu 75 Prozent der ÖVP (je 25 Prozent ÖAAB, Wirtschaftsbund und Bauernbund) gehöre, die durch Stroh- männer, prominente Präsidialmitglieder der drei ÖVP-Bünde, als Gesellschafter vertreten sei, und welche Massnahmen er in Hinkunft in dieser Sache zu treffen gedenke. Finanzminister Dr. Margarétha antwortete am 18. Juli 1951 den Interpellanten, dass aus dem Verwalterakt weder die Unverhältnismässigkeit zwischen Firmenumsatz und Pachtschilling noch die Tatsache hervorginge, dass die Verpachtung an eine politische Gruppe erfolgte.

Anlässlich der Beratung des Bundesvoranschlags für 1952 hat nun der Abg. Dr. Stüber in seiner Rede vom 14. Dezember 1951 abermals den Fall "Ankinder" - "IWG" aufgerollt. Da seine Ausführungen in diesem Punkte unwidersprochen geblieben sind, ist der behauptete Jahresmindestumsatz des "Ankinders" per 5 Millionen Schilling ebenso als erwiesen anzusehen wie die 75prozentige Beteiligung der ÖVP durch ihre drei Bünde an der "IWG". (Laut Gesellschafterliste vom 14. März 1950 sind als Gesellschafter eingetragen: Fred Ungart, Johann Bunzl, Dipl.-Kfm. Dr. Anton Hanusch, Dr. Franz Hofbauer; der Aufsichtsrat besteht seit 27. Juni 1950 aus folgenden Personen: Dr. Egon Bauer, Dr. Franz Hofbauer, Dipl.-Kfm. Dr. Anton Hanusch, Dr. Anton Leithner, Dr. Herbert Machatschek.)

18. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 13. Februar 1952

Wir unterzeichneten Abgeordneten halten eine endliche Bereinigung der noch aus der Krauland-Ära stammenden Angelegenheit "Ankinder" - "IWG", die bereits im In- und Ausland viel Staub aufgewirbelt hat und für den Bundesschatz monatlich einen beträchtlichen finanziellen Verlust (Entgang eines angemessenen Pachtschillings) bedeutet, für hoch an der Zeit. Wir stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e:

1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, die Verpachtung der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Firma "Ankinder" Ges.m.b.H. an die Firma "IWG" einer Überprüfung zu unterziehen und das Ergebnis derselben dem Hause mitzuteilen?

2.) Ist der Herr Bundesminister insbesondere bereit, mitzuteilen, wie so die Verpachtung erfolgen konnte, ohne dass die Angemessenheit des Pachtschillings im Verhältnis zum Umsatz vorher sorgfältig überprüft wurde (Anfragebeantwortung des Herrn Bundesministers für Finanzen Dr. Margarétha vom 18. Juli 1951)?

3.) Ist der Herr Bundesminister weiters bereit, gegen die an dem Zustandekommen der für den Bundesschatz so ungünstigen Verpachtung schuldigen Beamten mit aller gebotenen Strenge disziplinar vorzugehen?

4.) Ist der Herr Bundesminister schliesslich bereit, die ehestmögliche Aufkündigung des Pachtvertrages mit der "IWG" und den Abschluss eines neuen, dem wirtschaftlichen Wert und Ertrag des "Ankinder" entsprechenden Pachtvertrags⁰⁸ unter Ausschluss parteipolitischer Begünstigungen zu veranlassen?

.....